

Nein zur Rente mit 67 und der weiteren Umverteilung von unten nach oben!

Organisieren wir gemeinsam den Protest und Widerstand gegen die Regierungspläne!

Am 29. Januar finden in Esslingen, am 30. Januar in Stuttgart und der Region betriebliche Protestaktionen gegen die geplante Heraufsetzung des Renteneintrittsalters und gegen weitere von der Regierung geplanten „Reformen“, etwa im Gesundheitswesen, statt. Auch bundesweit sind in diesem Zeitraum lokale Kundgebungen geplant.

Die Regierung erklärt die geplante Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre als „Notwendigkeit einer längeren Lebensarbeitszeit aufgrund der demographischen Entwicklung“, d.h. dass alle länger arbeiten sollen, weil die durchschnittliche Lebenserwartung gestiegen ist. Dieses scheinbar eingängige Argument hat mit der Wirklichkeit allerdings wenig zu tun. Durch die enorme Produktivitätssteigerung können immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr Werte schaffen. Die Konsequenz daraus müsste eine drastische Verkürzung der Lebens- und Wochenarbeitszeit sein.

Trotz den Versuchen möglichst viele Menschen in Billiglohnjobs, Zeitarbeitsverträge, prekäre Arbeitsverhältnisse etc. zu zwingen gibt es zudem Millionen Erwerbslose. Dass diejenigen, die schon jahrzehntelang arbeiten nun noch länger arbeiten sollen, ist auch in dieser Hinsicht schlicht absurd. Dazu kommt die Tatsache, dass viele Menschen lange vor dem Erreichen des 64ten Lebensjahres entlassen werden oder gesundheitlich nicht mehr in der Lage sind ihrem Beruf nachzugehen – eine Erhöhung des Renteneintrittsalters hätte für sie eine starke Kürzung der Rente zur Folge.

Die Folgen der Erhöhung des Renteneintrittsalters wären also: noch zwei Jahre mehr Lohnarbeit für diejenigen mit Arbeit, noch weniger Chancen für Erwerbslose einen Job zu finden und noch deutlichere Kürzungen der Rente! Die Antwort auf die Regierungspläne kann nur folgende sein: Massenhafter Protest und Widerstand bis die Vorhaben vom Tisch genommen werden. Und weil fast alle direkt oder indirekt betroffen sind, besteht die Chance, dass sich viele beteiligen und so die Pläne tatsächlich gekippt werden können.

Was tun? Was tun!

Außer der geplanten Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre droht von Seiten der Regierung die Gesundheitsreform, die zu höheren Belastungen führen wird, dazu kommt die Mehrwertsteuererhöhung, die Verweigerung eines angemessenen Mindestlohns, Hartz IV, die Einführung von Studiengebühren usw. Von Seiten der Arbeitgeberverbände werden Lohnabsenkungen, wie im öffentlichen Dienst durch den TvÖD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst), wie im Metallbereich durch ERA (Entgeltrahmenabkommen) angegangen sowie die Verlängerung der Arbeitszeiten, Privatisierungen, Haustarifverträge usw.

Es ist nicht wirklich schwer zu verstehen, was Regierung und Unternehmer damit erreichen wollen: Die Umverteilung von unten nach oben, die Profitsteigerung durch Kürzungen von Löhnen, Rente und Sozialabgaben und durch intensivere Ausbeutung unserer Arbeitskraft soll weiter gehen. Uneinigkeit besteht auf ihrer Seite nur darin wie schnell dies alles weiter umgesetzt wird. Dabei nutzen die Herrschenden die weitverbreitete Angst vor Arbeitslosigkeit und dem damit einhergehenden sozialen Absturz, um immer mehr ihrer Forderungen durchzusetzen.

Doch wohin führt diese Politik? Zum einen ist die „internationale

Wer uns wie und warum Sand in die Augen streut...

Die SPD fürchtet aufgrund ihrer Politik, bei der die aktuellen Pläne nach Hartz 4, der Demontage des Sozialstaates etc. nur die Spitze des Eisberges sind um ihre Basis und ihre Wählerschaft. In den letzten Jahren haben nicht nur Hunderttausende die Partei verlassen (teilweise ganze Ortsverbände!), sondern hat sich mit der WASG / Linkspartei.PDS auch eine direkte Konkurrenz etabliert. Fast schon panisch gibt daher die Parteispitze in den letzten Wochen Phrasen über die Presse nach außen, in denen sie fordert, dass die Unternehmer doch bitte die Löhne etwas erhöhen sollen u.ä. Ernstgenommen wird sie dabei nur noch von denen, die noch nicht direkt von den Folgen der SPD-Realpolitik betroffen sind oder es immer noch nicht wahrhaben wollen. Massenhafte Proteste gegen ihre aktuelle Politik würde noch mehr Menschen die Augen öffnen und den Wegfall der Basis der SPD beschleunigen. Nur so ist der anscheinende soziale Wandel – der natürlich nur in Worten stattfindet – der SPD zu erklären.

Auch konservative und rechte Kreise sind gezwungen auf die zugespitzte Situation zu reagieren und tun dies in gewohnter Manier: Während immer mehr Menschen in unsicheren Lebensverhältnissen leben, weil sie von Entlassungen oder sozialem Abstieg bedroht, oder schon von Armut betroffen sind, versuchen sie über Feindbilder und Sündenböcke ein vermeintliches Sicherheits- und Kollektivgefühl zu vermitteln. Terroristische Bedrohungen werden hochstilisiert und der Überwachungs- und Polizeiapparat ausgebaut, Freiheitsrechte eingeschränkt und Gesetze verschärft – dies alles wird aktuell allerdings in erster Linie gegen linke Organisationen, soziale Proteste etc. in Anschlag gebracht.



Standortkonkurrenz“, die die Einschnitte angeblich nötig macht, die logische Folge der Konkurrenz im Kapitalismus. Dass wir alle den Gürtel enger schnallen sollen, um konkurrenzfähig zu bleiben, ist ein „Argument“ dass man den ArbeiterInnen aus den anderen Ländern ebenso erzählt. Wenn wir diese Kapitallogik nicht durchbrechen, verlieren wir am Ende alle.

Da es außerdem immer weniger Bereiche gibt, die noch privatisiert bzw. zur Kapitalverwertung freigegeben werden können (aktuell z.B. Bildungs- und Gesundheitswesen) nehmen die Schwierigkeiten der Kapitalisten weiter gewinnbringende Investitionsmöglichkeiten zu finden zu. Keiner ihrer „Lösungsvorschläge“ und keine ihrer „Reformen“ wird daran etwas ändern, sie wälzen lediglich die immer heftigeren Folgen ihrer Politik auf den Großteil der Bevölkerung ab – ohne Aussicht auf ein tatsächliche Perspektive.

Wir dürfen dies nicht stillschweigend hinnehmen und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir müssen zusammenstehen – Alte und Junge, Männer und Frauen, Deutsche und MigrantInnen, ArbeiterInnen, Angestellte, Studierende und Arbeitslose, und gemeinsam gegen weitere Angriffe von Regierung und Unternehmerseite kämpfen!

Dabei reichen lokal begrenzte betriebliche Aktionen nicht aus, wir brauchen Streiks und große Mobilisierungen bei denen wir gemeinsam auf die Straße gehen und aktiv sind. Diese gilt es innerhalb der Betriebe und Gewerkschaftsstrukturen, an den Unis und in allen Bereichen und Zusammenhängen zu diskutieren und voranzutreiben. Die Versuche, uns mit kleinen Änderungen an den geplanten Reformen abzuspiesen, dürfen keinen Erfolg haben. Es geht nicht darum, für bestimmte Bereiche die Heraufsetzung des Rentenalters etwas abzumildern und wir sollten alles andere tun, als für ein paar Euro mehr Lohn, die ohnehin durch die unzähligen Verteuerungen in vielen Bereichen wieder hinfällig sind, wieder Ruhe zu geben.

Die Streiks im öffentlichen Dienst 2006 haben gezeigt: es können innerhalb von wenigen Wochen viele kämpferische Aktionen organisiert, die Solidarität der Aktiven entwickelt und viele wichtigen Erfahrungen gesammelt werden. Sie haben aber auch gezeigt, was passiert wenn sie nach vermeintlichen Zugeständnissen zu schnell wieder beendet werden: Die Arbeitszeiten wurden erhöht und durch eine Klausel im Tarifvertrag besteht die Gefahr weiterer Arbeitszeitverlängerung und höherer Erpressungsdruck.

Wir müssen uns das ganze Ausmaß der Konfrontation bewusst machen. Die aktuell herrschende Politik vollzieht massive Angriffe auf unsere Lebensbedingungen. Hier mit der Folge zunehmender Verarmung immer größerer Bevölkerungsgruppen – weltweit bedeutet sie für unzählige Menschen Krieg, Besatzung, Hunger und Tod.

Es geht hier und überall um den Aufbau des Widerstands gegen die Unterwerfung der Menschen unter totalitäre Verwertungsbedingungen.

Lernen wir aus den gemachten Erfahrungen, organisieren wir uns und stehen wir gemeinsam gegen weitere Einschnitte! Eine andere Politik und wirkliche Verbesserungen können wir nur selbst erreichen! Mobilisierungen und Protestaktionen sind nicht unser letztes Mittel, sie können lediglich der Anfang sein!

Dieses Flugblatt wird von einem Zusammenschluss von AktivistInnen in Betrieben und Gewerkschaften, in der Universität und dem Gesundheitswesen, Erwerbslosen und linken Organisationen herausgegeben. Wir haben uns zusammengefunden um über die Perspektiven der Sozialproteste zu diskutieren und darin gemeinsam aktiv zu sein.

Unser nächstes Treffen findet am Donnerstag, den 08.02.2007 um 18 Uhr im Subversiv – Soziales Zentrum Stuttgart (Benckendorffstr. 4, Stuttgart-Heslach) statt. Alle Interessierten sind dazu herzlich eingeladen. Kontakt: akollontai@yahoo.de



Vi.S.d.P.: A. Kollontai, Streitweg 1, Stuttgart

MigrantInnen werden als Sündenböcke benutzt, ihnen die Schuld an Arbeitslosigkeit und schlechten Arbeitsbedingungen in Schuhe geschoben und somit die von der aktuellen Politik Betroffenen gegeneinander ausgespielt. Über Nationalismus wird versucht die Wut auf die Verhältnisse und die Protagonisten der aktuellen Politik entweder im dumpfen patriotischen Taumel zu ertränken oder gegen Menschen anderer Herkunft zu lenken. Besonders perfide ist dabei die Propaganda der extremen Rechten – die im übrigen die Gewerkschaften abschaffen wollen, soziale Proteste als „Nestbeschmutzung“ ansehen und stets nur nach unten treten und mit Brandanschlägen und Übergriffen MigrantInnen und andere Menschen terrorisieren. Sie gehen mit vermeintlich fortschrittlichen Parolen auf Stimmenfang. Die Gefahr die von ihnen ausgeht ist nicht zu unterschätzen: sie sind mittlerweile mit der NPD in drei Landtagen vertreten und offensichtlich sehen bereits Hunderttausende WählerInnen sie als Alternative zur aktuellen Politik.

Die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaftsführung sitzen praktisch in der Zwickmühle, da sie keine Konfrontation mit „ihrer“ Regierung eingehen wollen, aber Gefahr laufen dass die Gewerkschaftsbasis gegen sie rebelliert.

Von Seiten der Regierung und der Unternehmer werden immer weniger Zugeständnisse gemacht und gerade auch aktuell sind die Lohnabhängigen mit der geplanten Erhöhung des Rentenalters immer stärkeren Angriffen ausgesetzt. Auf der einen Seite bleibt die Gewerkschaftsführung ihrer Partei, der SPD, auch in dieser Situation natürlich treu und verzichtet darauf die Interessen ihrer Basis gegen die Angriffe der Regierung zu verteidigen – praktisch keine tatsächlichen Protest- und Widerstandsaktionen, sondern nur rein symbolische Protestdemonstrationen sind ihre Antwort, bzw. ihre Nicht-Antwort auf Hartz 4 und die vielen weiteren Einschnitte. Auch gegenüber der Unternehmerseite wird ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht und mit der „Standortsicherung“ u.ä. die reale Untätigkeit begründet.

Auf der anderen Seite wird der Gewerkschaftsbasis Kampfbereitschaft vorgegaukelt - und gleichzeitig kämpferische GewerkschaftsaktivistInnen mit Ausschlüssen bedroht (der Umgang mit dem Zusammenschluss *Die Alternative* in mehreren Daimler/Chrysler Werken ist nur ein Beispiel). Viel wird dafür getan das Protestpotential unter Kontrolle zu halten und wenig dafür die Schlagkraft der Gewerkschaften zu entwickeln und einzusetzen. So waren etwa die Mobilisierungen am 21. Oktober des letzten Jahres offenbar als reines „Dampf ablassen“ gedacht und wurden von der Basis weitgehend auch so verstanden – die Beteiligung blieb wohl auch deshalb weit hinter den Möglichkeiten zurück. Die Führung vermittelt stetig, der „Funktionsapparat wird es schon richten“, die Basis soll lediglich ab und an mal abstimmen und auf Kommando raus auf die Straße und auf Kommando auch wieder zurück. Auch bei diesem Aktionstag wird nicht etwa schon zum nächsten Aktionstag, dann mit Warnstreiks, aufgerufen, sondern einmal mehr einfach abgewartet.